

# Bernhard Sander

## Kritik des Entwurfs eines Leitantes

### für den ordentlichen Parteitag der SPD am 5.4.08

#### Leitlinien sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Vorbemerkung: Eine Auseinandersetzung mit den Positionen der SPD kann sich aus mehreren Gründen lohnen. Erstens können wir aus der Problemsicht evtl. Fragestellungen finden, auf die wir selbst noch Antworten suchen müssen, zweitens könnten wir Gemeinsamkeiten und Trennendes finden. Drittens gewinnen wir eigene Argumente in der Auseinandersetzung mit der SPD, wobei jeder Kreisverband prüfen sollte, welche hier ausgebreiteten Argumente jeweils zutreffen (z. B. Stadt - Land). Ein eigenständiges Programm ergibt sich aus dieser Kritik noch nicht.

Ich gehe nicht davon aus, dass der SPD-Parteitag substantielle Änderungen der Leitlinien vornehmen wird.

1.

#### Im Aufbau schon erkennbar - Kein Entwurf zu Rüttgers Vision vom Bündnis der Leistungseiligen

DIE LINKE hat ein anderes Verständnis der sozialen Grundlagen der Stadt, daher stehen in unserem Kommunalpolitischen Programm die Forderungen in anderer Reihenfolge als bei der SPD. Die Kapitel "Die Finanzkraft der Kommune stärken" und "Gute Arbeit - Wirtschaftspolitik in den Kommunen und Regionen" stehen bei der SPD erst an 5. und 6. Stelle von 11 Punkten, ihnen sind 4 von 35 Seiten gewidmet. In den vorangestellten 3 Abschnitten über "unser Grundverständnis" kommen sie nicht vor.

Das Rahmenprogramm unserer Partei sollte im Unterschied zur SPD erkennbar werden lassen, dass wir das Thema Arbeit an die erste Stelle rücken. (Der Entwurf des AK Kommunalpolitik beim Landesvorstand müsste entsprechend geändert werden. Erstens müsste der Abschnitt zu Arbeit und kommunaler Wirtschaftspolitik vom Ende nach vorne gestellt. Zweitens müssten Begriffsüberlappungen z. B. "Soziale Stadt und "liebenswerte Stadt" beseitigt werden.)

DIE LINKE geht davon aus und sollte eine entsprechende Zustandsbeschreibung in alle ihre lokalen Wahlprogramme aufnehmen, dass die Städte und Gemeinden Opfer der Globalisierung sind, in dem sie entweder von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt werden oder in dem sie den Standort-Vorgaben stromlinienförmig angepasst werden sollen. Die SPD erwähnt "Auswirkungen der Globalisierung auf der kommunalen Ebene" nur einmal (3/93):

"In immer komplexeren Zusammenhängen von Globalisierung .. Ist es vor allem die kommunale Lebenswelt, die Heimat, Gemeinschaft, Überschaubarkeit und Sicherheit im Wandel bietet" (4/137) Gegenüber über dieser tündelnden Miefigkeit sollte DIE LINKE betonen, dass Stadtluft frei macht, d.h. kulturelle Vielfalt, Aufgeschlossenheit usw. Ziele der Stadtentwicklung sind und eine materielle Fundierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Gemeinde, sowie in der Landes- und Bundespolitik haben. Zentrale Wertorientierung bleibt für uns, dass eigenständige Erwerbsarbeit, eingebettet in funktionierende Sozialsysteme, die Grundlage für die freie persönliche Entfaltung bleibt.

Der Entwurf enthält auch noch weitere Kapitel zu Kultur, ÖPNV usw. die allerdings

nicht ergiebig sind und an der Grundlinie der Leitlinien nichts ändern.

2.

In der Ökonomie ist die SPD halbherzig und in der Sozialpolitik völlig der Agenda-Politik verfallen.

### Kommunale Wirtschaft

Was stellt sich die SPD unter "bürgerfreundliche und effiziente Kommunalverwaltung" vor? Hier wird die materielle Voraussetzung der Kommunaldemokratie aufgegeben: "Viele Aufgaben werden die Kommunen besser gemeinsam lösen können" (7/284) - auch wenn die SPD (wie wir?) die Zerschlagung der staatlichen Verwaltung und die Auflösung der Landschaftsverbände ablehnt.

Einerseits stellt die SPD die wesentlichen Vorteile von kommunalen Unternehmen heraus (soziale Dividende für die örtliche Gemeinschaft, Schaffung überdurchschnittlich vieler Ausbildungsplätze, Partner des lokalen Handwerks) und "deshalb muss die kommunale Eigentümerstruktur gestärkt werden" (21/941), aber es ist nicht von Re-Kommunalisierung in der Ver- und Entsorgungswirtschaft die Rede und das Tor für die Aufweichung wird weit geöffnet: Die SPD möchte, dass Städte "im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung eigenverantwortlich darüber entscheiden können, ob und wie sie öffentliche Dienstleistungen entweder selbst erbringen, ein kommunales Unternehmen damit betrauen, eine institutionelle oder vertragliche Öffentlich-Private-Partnerschaft eingehen oder sie einem privaten Unternehmen vergeben möchten" (22/993). Damit wird aus dem vermeintlichen Sachzwängen der Finanznot der Kommune ein Automatismus, der nicht besser ist als das "Privat vor Staat" von Rüttgers. DIE LINKE sollte den Ausschluss solcher PPP-Strukturen und die Re-Kommunalisierung zu einer Grundlinie aller Haushaltskoalitionen in Stadt- und Kreisräten machen. Die demokratische Willensbildung und die Grundsätze der öffentlichen Daseinsvorsorge stehen oftmals im Kontrast zu den Gewinn-Interessen des Einzelunternehmens, daher kommen für DIE LINKE sogenannte PPP-Modell nicht in Frage.

Wir stimmen mit der SPD überein, dass "die Änderungen im Gemeindefinanzrecht rückgängig" (22/1010) zu machen sind und "dass der steuerliche Querverbund erhalten und die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen europarechtlich abgesichert wird" (22/1016) aber soweit wie möglich auch landesrechtlich.

### Arbeitsmarkt

"Kommunale Wirtschaftsförderung unterstützt die Schaffung von Arbeitsplätzen, sie sichert und verbessert die Standortbedingungen für Unternehmen und fördert die Modernisierung lokaler und regionaler Standorte."(27/1224) DIE LINKE fordert die Einschränkung der Standort- oder Bürgermeister-Konkurrenz durch Änderung der Förderungsregeln. Stattdessen sollten verbindliche Vereinbarungen mit den Unternehmen getroffen werden, die arbeitsmarktpolitische, ausbildungspolitische und ökologische Ziele beinhalten, bis hin zu einer zeitlich befristeten Beteiligung der öffentlichen Hand an privatwirtschaftlichen Unternehmen.

"Standortverlagerungen im europäischen Subventionswettbewerb trotz guten Rentabilität und Absatzmärkte treffen auf unseren entschiedenen Widerstand." (27/1231) Diese Haltung begrüßt DIE LINKE; diese Aussage kann immer wieder eingeklagt werden.

"Überdies steht die Verantwortung des Bundes für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit außer Zweifel." (27/1246) Diese Tatsache sieht auch DIE LINKE

und fordert daher ein staatlich gefördertes Beschäftigungsprogramm und einen öffentlichen Beschäftigungssektor, der allerdings anders aussehen muss als er der SPD vorschwebt: "Vor Ort organisierte öffentlich geförderte Arbeit kann einen Weg in den ersten Arbeitsmarkt ebnen. Wir verfolgen das Prinzip „Fördern und Fordern“. Allen Arbeitssuchenden soll eine Beschäftigungs- oder Ausbildungsmöglichkeit geboten werden. Zudem müssen die Möglichkeiten der Ausbildung und Qualifikation für Arbeitssuchende verbessert werden. Wir fordern aber auch die Mitverantwortung der Betroffenen im Einzelfall. Sozial notwendige und gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigungsmaßnahmen und -projekte müssen initiiert und durchgeführt werden, denn unser Leitbild ist die Förderung guter Arbeit und nicht die Alimentation von Arbeitslosigkeit. Gleichwohl halten wir die Einrichtung eines dritten Arbeitsmarktes (sozialer Arbeitsmarkt) für erforderlich, damit diejenigen Personen, die nur in Ausnahmefällen eine Chance zur Integration in den regulären Arbeitsmarkt haben, Beschäftigung finden."(26/1209) Die arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen atmen den Geist / Ungeist der Agenda 2010. Nicht die Arbeitslosen sind schuldig sondern das fehlende Angebot an Arbeitsplätzen. Daher sollten im Rahmen der kommunalen Arbeitsmarktpolitik nur sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse angeboten werden. Alle öffentlichen Arbeitgeber sollen ihr Angebot an Ausbildungsplätzen im ersten Jahr nach der Kommunalwahl verdoppeln.

### Finanzpolitik

1. "Einen Zwang zur Vermögensveräußerung lehnen wir ab" (22/1002); mit dieser Ablehnung der Vorgabe der meisten Haushaltssicherungskonzepte können wir gut Politik machen, wenn ausgeglichene Haushalte zum obersten Ziel erhoben werden sollten.
2. Auch gegen die Forderung "Gemeinden mit Nothaushalten vom Eigenanteil beim Wettbewerb zur Vergabe von Fördermitteln zu befreien" ist nichts einzuwenden. DIE LINKE sollte allerdings weitergehen und bei Bewerbungen um EU-Fördermittel fordern die Übernahme des Eigenanteils durch einen Sonderfonds des Landes für alle Kommunen mit einem Arbeitslosenanteil von 10% und einem Hartz-Bezieher-Anteil von 15% der Wohnbevölkerung. Wir müssen versuchen, die SPD daran zu hindern, um die Kosten des Solidarpaktes herum ihren Wahlkampfschlager zu komponieren, in dem sie Vorurteile in einer Ost-West-Debatte aktiviert. Die SPD will eine "Neuausrichtung" mit "nachvollziehbaren Strukturkriterien" (24/1076), ohne sie zu benennen. Diffus und daher abzulehnen ist auch die SPD-Forderung, "Pflichtaufgaben auf das Notwendige zu begrenzen" (24/1117), denn damit wird ein neoliberales Vorurteil bedient, der Staat würde durch überbordende Ansprüche in seiner Finanzkraft ausgezehrt. Für diese Annahme spricht, das an anderer Stelle das kommunale Eigentum in Frage gestellt wird: "Der Verkauf und die Veräußerungen kommunalen Eigentums und die Veräußerung kommunaler Beteiligungen sind allerdings in der Regel zur Konsolidierung nur dann geeignet, wenn auch die Ursachen struktureller Defizite ausgeglichen werden können. Andernfalls besteht neben dem Verlust an Steuerungsmöglichkeiten und Einfluss die Gefahr weiterer struktureller Verschlechterungen" (24/1103) Die Haushaltsdefizite sind allerdings strukturell, weil die Städte, Kreise und Gemeinden systematisch durch die übergeordneten Ebenen Bund und Land verarmt werden. Doch hier fordert die SPD nur vage "die Gewerbesteuer zu erhalten und weiterzuentwickeln" ((24/1115) und vage eine Gemeindefinanzreform, denn die Landes-SPD darf die in Berlin regierende SPD nicht angreifen ; aber DIE LINKE darf das. Der sogenannte Verkauf des Tafelsilbers wird an der unzureichenden Finanz-Ausstattung der unteren Ebenen nichts ändern. In dem Antrag werden stattdessen (richtigerweise) eine Reihe von Fehlentwicklungen der CDU-FDP-Regierung aufgelistet, die den Gemeinden die Beteiligung an der Grunderwerbssteuer entzieht, wesentliche Teile der

Landesverwaltung auf die Kommunen überträgt (z. B. Versorgungsämter), ohne die Kosten nach dem verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Konnexitätsprinzip mit zu übertragen. Dies wollen SPD und DIE LINKE rückgängig machen.

### Stadtentwicklung

Die Wirtschaftsweise hat in den letzten Jahren einige Städte und Regionen bevorzugt (z.B. Düsseldorf und die Umlandgemeinden Neuss oder Ratingen), während andere Regionen faktisch abgekoppelt werden (Ruhrgebiet, bergisches Land). Dies ist mit einem Gegensatz von Stadt und Land nicht mehr zu umschreiben. Die SPD beschreibt in ihren kommunalpolitischen Leitlinien eine ganze Reihe von daraus sich entwickelnden Tendenzen, ohne ihnen aber mit einem Handlungskonzept zu begegnen. Das übergeordnete Leitbild der SPD lehnt DIE LINKE ab: "Es kommt darauf an, Klarheit darüber zu schaffen, welche Anforderungen auf Stadtregionen und regionale Kooperationen zukommen, um im europäischen *Wettbewerb der Regionen* bestehen zu können und Synergien durch regionale Kooperation zu erreichen."(18/817)

Auch DIE LINKE hat dazu bisher nicht diskutiert, daher sind hier einige Entwicklungen dokumentiert, wie sie in den SPD-Leitlinien gesehen werden:

"Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen des Landes ist ein grundgesetzlicher Auftrag...

805 Allerdings bestehen weiterhin Differenzen, die jeweils eigene Strategien erfordern: Beispielsweise stehen die Städte vor deutlich größeren sozialpolitischen Herausforderungen während in Bereichen wie Mobilität, Nutzung von Informationstechnologien, Ausbildungs- und Arbeitsplatzangeboten vor allem für Frauen Nachholbedarfe kleinerer und mittelgroßer Kommunen bestehen.

... Die Entwicklungsdynamik von Wirtschaft und Bevölkerung wird künftig in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich ausfallen. Regionen mit schwacher Wirtschaftskraft und sinkenden Bevölkerungszahlen stehen Wachstumsregionen mit verstärkten Zuzügen gegenüber. So droht in Regionen mit zu wenigen Arbeitsplätzen die Abwanderung insbesondere der jüngeren Bevölkerung, die für sich dort keine Perspektiven mehr sieht. Bevölkerungsrückgänge, besonders hohe Anteile älterer Menschen, Wohnungsleerstände, unterausgelastete kommunale Infrastruktureinrichtungen, Schulschließungen und Brachen gehören dort zum Bild. Vor allem in Regionen mit sinkenden Bevölkerungszahlen brauchen wir neue städtebauliche Konzepte für die Innenentwicklung unserer Städte und Gemeinden. Wichtig ist dabei, Nahversorgungszentren und Orte der Begegnung in unseren Stadtteilen, Quartieren und Dörfern zu erhalten oder neue Angebote zu schaffen. Wir benötigen Zukunftskonzepte, wie solche Schrumpfungsprozesse aktiv bewältigt und Chancen der Umgestaltung genutzt werden können.

838 In Wachstumsregionen dagegen drohen u. a. Wohnungsmarktengpässe, Integrationsprobleme und eine zunehmende soziale Spaltung der Bevölkerung mit der Gefahr, den sozialen Zusammenhalt aufzulösen. Dies stellt die Kommunalpolitik vor die dauerhafte Aufgabe, diesen Prozessen entgegenzusteuern.

Die Gleichzeitigkeit und das direkte Nebeneinander von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen schaffen in den einzelnen Regionen, Kreisen, Städten und Gemeinden jeweils einzigartige Problemkonstellationen. Städte und Gemeinden müssen deshalb gemeinsam mit ihren Nachbarn eigene Antworten auf die Herausforderungen in ihrer Region suchen und neue Konzepte für die Zukunft ihrer Region entwickeln. Der demografische Wandel stellt neue Herausforderungen für die Stadtentwicklung dar.

In „schrumpfenden“ Städten und Gemeinden mit sinkender Bevölkerungszahl

müssen wir uns der Aufgabe stellen, die Infrastruktureinrichtungen anzupassen. Dieses kann Schließungen, den Rückbau technischer Anlagen oder auch den Abriss von Wohnungen bedeuten.“

3.

### Soziale Stadt - Fürsorgliche Überwachung: Fördern und Fordern

“Wir fördern die Erwerbstätigkeit von Frauen und unterstützen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf:“ ( 27/1238) Diese Absicht der SPD setzt eine entsprechend belastbare Infrastruktur an sozialen Einrichtungen voraus. Doch scheinbar will die SPD diesen Weg nicht gehen, da sie die Finanznot der Gemeinden für unabänderlich hält.

Auch in der Sozialpolitik walten die Dogmen der Agenda 2010: “Der vorsorgende Sozialstaat beginnt in den Kommunen. Er ... zielt darauf ab, Leistungsempfänger von den empfangenden Leistungen unabhängig zu machen“ (12/538). Doch die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen nur die übelsten Folgen der ungleich verteilten Lebenschancen korrigieren.

Statt die persönliche Freiheit mit öffentlichen Einrichtungen abzusichern, werden Fürsorgetetze gespannt, um die “Eltern aus dem Armutsmilieu“ zu überwachen, damit die Zahl verwaarloster Kinder nicht zu skandalös wird. An anderer Stelle heißt es sogar, dass “Bekämpfung der Kinderarmut“ durch “Hausbesuche durch Jugendamt und Schule, die Vernetzung zwischen Gesundheitswesen, Sozialämtern, Familiengerichten und Polizei“ organisiert werden könne (14/620). Statt Kinderbetreuung flächendeckend öffentlich zu organisieren und mit qualifiziertem Personal auszustatten, fordert man den Ausbau der Überwachung. Was nützt es, “möglichst viele Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren auszubauen“(8/357), wenn nicht jedes Kind einen Anspruch auf kostenlose Ganztagsbetreuung hat? Die SPD verspricht: “Deshalb setzen wir uns für eine baldige Elternbeitragsfreiheit für Tageseinrichtungen ein“ (9/372) Wann ist “baldig“?

“Wir wollen, dass kein Kind in den Bildungseinrichtungen aus finanziellen Gründen vom gemeinsamen Mittagessen und anderen schulischen Aktivitäten ausgeschlossen wird.“ (9/397) Dies Forderung kann auch DIE LINKE mittragen.

In den kommunalpolitischen Leitlinien der SPD geht es, was die Schulen angeht, sehr vage zu, man will eine Gemeinschaftsschule, um “vielfältiges Sekundarschulangebot in kleinen Städten und Gemeinden als auch die Überwindung einer frühen Selektion“ zu sichern (9/407). Kritisch wird es, wenn “das Land den Kommunen hier einen deutlich größeren Gestaltungsspielraum eröffnen“ soll, da dies zu einer Fortexistenz der traditionellen Strukturen führt. Kein Wort verliert die SPD über die Einsicht, dass im bestehenden Schulsystem die soziale Herkunft der Eltern über die Bildungschancen der Kinder entscheidet wie in kaum einem anderen Land der entwickelten Welt. Stattdessen spricht das SPD-Papier von “Kinder- und Jugendeinrichtungen und Schulen in sozial belasteten Stadtteilen“ (11/473)

Das Kapitel Wohnen (2.5) ist demgegenüber gelungen: “Der Verkauf der landeseigenen Wohnungsgesellschaft durch das Land ist abzulehnen“ (16/702) Ebenso birgt der Verkauf großer Wohnungsbestände an Fonds aus privatem Beteiligungskapital hohe Risiken für die Mieter und die Sozialstruktur“ - aber gibt es keine Vorstellungen der SPD, wie diese Risiken eingedämmt werden können. Das Thema alternde Gesellschaft und das Lebensrisiko Pflegebedürftigkeit wird in

seiner Bedeutung für die Stadtentwicklung zwar benannt aber nicht mit Aktionsprogrammen aufgegriffen.  
Zur Privatisierung des öffentlichen Raums und der öffentlichen Sicherheit wird gar nichts gesagt.

4.

#### Demokratieverständnis - vorwiegend lokale Machtsicherung

Die von der SPD vorgestellte Teilhabe und Zivilgesellschaft in der Kommune bleibt ziemlich voraussetzungslos, da die wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen für die soziale Infrastruktur nicht gesichert sind.

Die SPD tritt für "eine wirksame Sperrklausel für den Einzug in den Stadt- und Gemeinderat" ein (4/145) - DIE LINKE wird sich dieser undemokratischen Unsitte der Machtsicherung entgegenstellen.

Die Sozialdemokraten unterstützen Formen der direkten Bürgerbeteiligung durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheidungen. Sie sind eine wichtige Ergänzung der repräsentativen Demokratie"(4/154) Zwar teilt DIE LINKE dieses Ziel, aber wir müssen die SPD immer wieder darauf aufmerksam machen, wie oft sie diesen Bürgerwillen bereit war zu ignorieren.

In den weiteren Forderungen "Einführung eines allgemeinen Ausländerwahlrechts auf kommunaler Ebene" (6/226) und Aufhebung der Trennung der Wahlperioden für Räte und Hauptverwaltungsbeamten (6/243) stimmen wir überein.